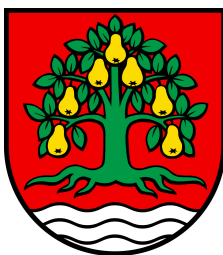


Birr



Birrhard



Lupfig

Gemeindeverband Musikschule Eigenamt

Satzungen

Gemeinden
Birr, Birrhard und Lupfig

gültig ab 1. Januar 2022

Satzungen des Gemeindeverbandes

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Funktions- bezeichnungen	Personenbezeichnungen in diesem Reglement beziehen sich auf alle Geschlechter.
-----------------------------	--

§ 2

Bestand, Name, Sitz	Die Gemeinden Birr, Birrhard und Lupfig bilden unter dem Namen «Musikschule Eigenamt» einen Gemeindeverband nach §§ 74 ff. Gemeindegesetz des Kantons Aargau (GG) mit Sitz in Birr.
------------------------	---

§ 3

Zweck	Der Verband bezweckt die gemeinsame Führung einer Musikschule für die Verbandsgemeinden. Die Musikschule Eigenamt ist für die musikalische Förderung und Ausbildung der Schülerinnen und Schüler, sowie jungen Erwachsenen der Gemeinden Birr, Birrhard und Lupfig zuständig.
-------	---

§ 4

Beitritt weiterer Gemeinden	Der Beitritt weiterer Gemeinden bedarf der Zustimmung der Gemeinderäte aller bisherigen Verbandsgemeinden.
--------------------------------	--

II. Organisation

§ 5

Organe	Organe des Verbandes sind: a) der Vorstand b) die Kontrollstelle
--------	--

§ 6

Zusammen- setzung und Wahl Vorstand	<p>¹ Der Vorstand setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Verbandsgemeinden (je ein Mitglied des Gemeinderats).</p> <p>² Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Gemeinderat der jeweiligen Gemeinde für die Dauer einer vierjährigen Amtsperiode, welche der Amtsperiode des Gemeinderates entspricht.</p>
--	---

§ 7

Organisation
Vorstand

¹ Der Vorstand konstituiert sich selbst.

² Aktuariat und Rechnungsführung können Personen ausserhalb des Vorstandes übertragen werden. In diesem Fall nehmen Aktuar und Rechnungsführer mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen teil.

³ Der Präsident lädt zu den Sitzungen des Vorstandes ein, so oft dies die Situation erfordert oder wenn dies zwei Vorstandsmitglieder verlangen.

⁴ Die Einladung zur Vorstandssitzung muss schriftlich mit Traktanden erfolgen.

⁵ Bei Stimmengleichheit obliegt der Stichtentscheid dem Präsidenten bzw. bei dessen Abwesenheit dem Vizepräsidenten.

⁶ Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.

⁷ Die Musikschulleitung nimmt beratend an den Sitzungen teil.

⁸ Der Vorstand kann zur Vorbereitung und zum Vollzug der Geschäfte eine beratende Kommission einsetzen, deren Mitglieder nicht dem Vorstand angehören müssen. Der Aufgabenbereich ist vom Vorstand zu definieren. Anwendbar sind die einschlägigen Vorschriften des Gemeindegesetzes.

§ 8

Aufgaben
Vorstand

Dem Vorstand obliegt die Führung des Verbandes. Ihm stehen alle Aufgaben zu, die nicht in Gesetz oder Satzungen einem anderen Organ übertragen sind. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Erlass eines Musikschulreglements
- b) Erlass eines Reglements über die Anstellung und Besoldung der Musikschullehrpersonen, der Musikschulleitung und des Musikschulsekretariats
- c) Erlass eines Kompetenz- und Delegationsreglements
- d) Wahl der Musikschulleitung und des Sekretariats
- e) Beschlussfassung über das Budget und die Rechnung

§ 9

Zusammen-
setzung, Wahl,
Konstituierung
Kontrollstelle

Die Kontrollstelle besteht aus der Finanzkommission einer Verbandsgemeinde, die nicht Sitzgemeinde ist. Sie wird von den Gemeinderäten der Verbandsgemeinden für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Amtsdauer entspricht derjenigen für die Gemeinderäte.

§ 10

Aufgaben
Kontrollstelle

Die Kontrollstelle prüft die Jahresrechnung und erstattet dem Vorstand Bericht und Antrag.

§ 11

Externe Bilanz-
prüfung

Die externe Bilanzprüfung ist von der gleichen Revisionsstelle vornehmen zu lassen, welche auch die Rechnung der rechnungsführenden Gemeinden prüft.

III. Mitwirkungsrechte der Stimmberechtigten

§ 12

Öffentliche
Auflage

Budget, Verbandsrechnung und Rechenschaftsbericht sind in den Verbandsgemeinden während 14 Tagen vor den Gemeindeversammlungen öffentlich aufzulegen.

§ 13

Initiative

¹ 5 % der Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden beziehungsweise 1'500 Stimmberechtigte oder die Gemeinderäte von einem Viertel der Verbandsgemeinden können in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs die Behandlung von Gegenständen verlangen, die in die Zuständigkeit der Abgeordnetenversammlung oder, sofern die Satzungen keine solche vorsehen, des Vorstandes fallen.

² Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnergemeinden.

§ 14

Referendum

¹ Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung oder, sofern die Satzungen keine solche vorsehen, des Vorstandes, werden der Volksabstimmung unterbreitet, wenn

- a) 5 % der Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden beziehungsweise 1'500 Stimmberechtigte dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen,
- b) die Gemeinderäte von einem Viertel der Verbandsgemeinden dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen,
- c) die Abgeordnetenversammlung oder, sofern die Satzungen keine solche vorsehen, der Vorstand dies beschliesst.

² Das Referendum kann ausschliesslich gegen folgende Beschlüsse des Verbandes ergriffen werden: Budget und Rechnung, Verpflichtungskredite, Satzungsänderungen sowie Erlass und Änderung von Reglementen.

³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnergemeinden.

§ 15

Antrags- und Auskunftsrecht

¹ Zehn Stimmberechtigte der Verbandsgemeinden haben das Recht, beim Vorstand schriftliche Anträge zu stellen für Geschäfte, die in den Kompetenzbereich des Verbandes fallen. Die Antragssteller sind auf Verlangen zwecks mündlicher Erläuterungen zur Vorstandssitzung einzuladen. Anträge sind entsprechend ihrer Dringlichkeit innert nützlicher Frist zu beantworten.

² Stimmberechtigte der Verbandsgemeinden, die ein schutzwürdiges Interesse nachweisen, können vom Vorstand Auskunft über nicht vertrauliche Angelegenheiten des Verbandes verlangen. Solche Auskunftsbegehren sind innert angemessener Frist zu beantworten.

§ 16

Publikationsorgan

Amtliches Publikationsorgan des Verbandes sind die jeweiligen Mitteilungsblätter der Verbandsgemeinden.

IV. Finanzierung

§ 17

Grundsatz der Finanzierung

¹ Die Finanzierung der Musikschule erfolgt durch Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Elternbeiträge. Der Vorstand erlässt ein entsprechendes Reglement.

² Es wird eine Vollkostenrechnung erstellt. Die restlichen verbleibenden Kosten, nach Abzug der Bundes-, Kantons- und Elternbeiträge sowie sonstigen Beiträgen, werden nach folgendem Schlüssel aufgeteilt: Sockelbeitrag 5 %, je Gemeinde 1/3. Gemeindebeiträge 95 %, nach Schülerzahlen und Unterrichtsminuten.

§ 18

Budget

Der Vorstand beschliesst das Budget und setzt damit die strategischen und finanzpolitischen Ziele für den Musikschulbetrieb. Das Budget ist den Verbandsgemeinden jeweils bis spätestens 31. August zuzustellen.

§ 19

Finanz- und Rechnungswesen

¹ Für das Budget, die Rechnungsführung und die Rechnungsablage gelten die kantonalen Vorschriften (Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeindeanstalten).

² Die Rechnungsführung des Verbandes wird der Sitzgemeinde Birr übertragen. Die Kosten der Rechnungsführung gehen zu Lasten des Verbandes.

V. Schulbetrieb und Standorte

§ 20

Räumlichkeiten

Die Verbandsgemeinden stellen die für die Musikschule notwendigen und verfügbaren Räume und Einrichtungen gegen Entgelt/angemessene Entschädigung zur Verfügung.

§ 21

Schulbetrieb

Der Musikschulleitung obliegt die operative Führung der Musikschule.

VI. Schlussbestimmungen

§ 22

Haftung	Für Verbindlichkeiten des Vorstandes haftet dieser als selbstständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Subsidiär haften die angeschlossenen Gemeinden nach Massgabe ihrer Anzahl Schüler in der Musikschule Eigenamt im Durchschnitt der letzten drei Jahre.
---------	---

§ 23

geltendes Recht	Sofern nicht ausdrücklich andere gesetzliche Bestimmungen genannt werden, gelten die Reglemente der Standortgemeinde Birr.
-----------------	--

§ 24

Streitigkeiten	Bei Streitigkeiten zwischen den Verbandsgemeinden kommt das kantonale Recht zur Anwendung.
----------------	--

§ 25

Austritt	<p>¹ Der Austritt einer Gemeinde aus dem Verband ist nur aus wichtigen Gründen möglich. Der Austritt wird nach Ablauf einer zweijährigen Kündigungsfrist auf Ende eines Schuljahres wirksam.</p> <p>² Für bestehende Verbindlichkeiten des Verbandes oder diesem gegenüber bleibt die Haftung der austretenden Gemeinde aufrechterhalten.</p> <p>³ Austretende Gemeinden haben keinen Anspruch auf das Vermögen des Verbandes oder auf Rückzahlung der von ihnen geleisteten Beiträge.</p>
----------	---

§ 26

Auflösung	<p>¹ Für die Auflösung des Verbandes gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes.</p> <p>² Ein allfälliger Überschuss wird nach Massgabe der Haftungsquote auf die Verbandsgemeinden verteilt.</p>
-----------	---

§ 27

Inkrafttreten, Übergangsregelung und Änderung Satzungen	<p>¹ Die vorstehenden Satzungen und Änderungen derselben bedürfen der Zustimmung durch die Gemeindeversammlungen aller Verbandsgemeinden.</p> <p>² Diese Satzungen treten, unter Vorbehalt der Rechtskontrolle/Genehmigung durch das Departement Volkswirtschaft und Inneres, am 1. Januar 2022 in Kraft.</p>
--	---

³ Im Sinne einer sauberen Übergangslösung tritt § 17 Grundsatz der Finanzierung auf 1. August 2022, Beginn neues Schuljahr, in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt die bisherige Finanzierung.

⁴ Mit Inkrafttreten dieser Satzungen werden die bisherigen Satzungen vom 18.12.2000 aufgehoben.

Zugestimmt mit Beschluss der Einwohnergemeindeversammlung vom TT.MM.JJJJ

Gemeinderat Birr

Der Gemeindeammann:

René Grütter

Der Gemeindeschreiber:

Christof Bamberger

Zugestimmt mit Beschluss der Einwohnergemeindeversammlung vom TT.MM.JJJJ

Gemeinderat Birrhard

Die Frau Gemeindeammann:

Ursula Berger

Die Gemeindeschreiberin:

Jennifer Steinlechner

Zugestimmt mit Beschluss der Einwohnergemeindeversammlung vom TT.MM.JJJJ

Gemeinderat Lupfig

Der Gemeindeammann:

Richard Plüss

Die Gemeindeschreiberin:

Fabienne Zinniker

Genehmigung nach § 75 des Gemeindegesetzes

Aarau,
DEPARTEMENT VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES